

**58 PROJEKTE –
3 THEMENBEREICHE**

Beim Mitgliederentscheid stehen die 58 Schlüsselprojekte unseres Wahlprogramms zur Abstimmung. Um zwischen den 58 Projekten besser navigieren zu können, sind die Projekte in drei große Themenraster eingeteilt, die unseren Wahlkampfschwerpunkten entsprechen.

ENERGIEWENDE & ÖKOLOGIE

TIERSCHUTZ, VERKEHR, KLIMA, VERBRAUCHERSCHUTZ

Neben den Bereichen Energiewende und Klimaschutz sind hier sowohl die Themen Tier- und Umweltschutz als auch Verkehrspolitik und Verbraucherschutz eingeordnet.

GERECHTIGKEIT

SOZIALES, ARBEIT, KULTUR, WISSENSCHAFT, BILDUNG

In diesen Themenbereich fallen die Schwerpunkte Soziales, Finanz- und Steuerpolitik, Arbeit und Gesundheit sowie Kultur, Wissenschaft und Bildung.

MODERNE GESELLSCHAFT

MENSCHEN- UND BÜRGERRECHTE, INTERNATIONALES, TRANSPARENZ

Neben dem Themenfeld der Familien- und Gleichstellungspolitik sind hier auch die Bereiche Menschen- und Bürgerrechte sowie Internationales eingeordnet. Dazu kommen die Themen Netzpolitik, Transparenz und Datenschutz.

ENERGIEWENDE & ÖKOLOGIE

TIERSCHUTZ, VERKEHR, KLIMA, VERBRAUCHERSCHUTZ

01 100 % erneuerbare Energien – für eine faire Energiewende in BürgerInnenhand

Der Ausbau erneuerbarer Energien von 5 % auf 25 % der Stromproduktion in kurzer Zeit war ein bedeutender Beitrag zu nachhaltiger Energieversorgung, zum Klimaschutz und zur Ressourcenschonung. Bis zum Jahr 2020 wollen wir den Anteil der Erneuerbaren Energien mindestens verdoppeln und bis 2030 die Stromversorgung Deutschlands auf 100 % Erneuerbare Energien umstellen. Damit setzen wir das erfolgreichste wirtschaftliche Demokratisierungsprojekt in Deutschland fort. Die Bürgerinnen und Bürger, die Genossenschaften und kleinen Unternehmen vor Ort zusammen mit den Kommunen und Stadtwerken sind das Rückgrat der Energiewende – das ist das Ergebnis grüner Energiepolitik. Anders als die schwarz-gelbe Lobbypolitik für die Energiekonzerne werden wir dafür sorgen, dass die Energiewende in BürgerInnenhand bleibt. Damit diese „Energiewende von unten“ weitergeht, verteidigen wir den Einspeisevorrang für Erneuerbare, schaffen Planungssicherheit für Investoren, Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger und leiten damit auch den Kohleausstieg ein. Wir wollen die Regelungen des EEG zum Ausbau der Erneuerbaren Energien so überarbeiten, dass es weiterhin zu einem dynamischen Ausbau der Erneuerbaren kommt und die Kosten gerecht verteilt werden. Denn die Energiewende braucht Investitionen. Die Lasten müssen gerecht verteilt werden und der Strompreis muss auch während des Umstiegs für alle bezahlbar bleiben. Dafür werden wir zuerst die Industrieprivilegien zurückführen sowie Mittelstand und Privathaushalte um 4 Mrd. Euro Energiekosten entlasten.

02 Klimaschutz verlässlich machen – ein Klimaschutzgesetz verabschieden

Die Unverbindlichkeit in der Klima- und Energiepolitik behindert die Energiewende und consequenten Klimaschutz. Bislang wurde Klima- und Energiepolitik durch einzelne Maßnahmen gesteuert, die schnell wieder in Vergessenheit gerieten. Alle Beteiligten benötigen jedoch einen verlässlichen Investitionsrahmen. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass ein Klimaschutzgesetz verabschiedet wird. Darin formulieren wir verbindliche Ziele für den Klimaschutz wie die Treibhausgas-minderung um 40 % bis 2020 und 95 % bis 2050 unter das Niveau von 1990, mit konkreten Zielen und Maßnahmen für die Bereiche Strom und Wärme, Industrie, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft. Die Bundesregierung wird verpflichtet, alle zwei Jahre ein Maßnahmenpaket für die einzelnen Sektoren vorzulegen, unabhängige Experten überprüfen dieses jährlich mit Blick auf Wirksamkeit und Kosteneffizienz. Damit wird über die oft kurzatmigen Legislaturperioden hinweg eine

dauerhafte Struktur für die Lösung des Generationenprojekts Klimaschutz und Energiewende geschaffen.

03 Energiewende vorantreiben – den Kohleausstieg bis 2030 umsetzen

Die größten Klimakiller unter den Energieträgern sind Braun- und Steinkohle. Wenn wir die globale Erwärmung aufhalten wollen und die Energiewende dezentral organisiert werden soll, dann muss die Kohle da bleiben, wo sie ist: unter der Erde. Das heißt: keine neuen Kohlekraftwerke und keine Ausweitung von Tagebauen. Der Raubbau an der Natur ist besonders sichtbar in Brandenburg, Sachsen und in Nordrhein-Westfalen, wo riesige Tagebaue Landschaften und Dörfer verschlingen und Menschen vertreiben. Für diese Regionen wollen wir nachhaltige Alternativen finden. In Vorzeigeregionen für Erneuerbare kann die Transformation ohne Verlust von Wertschöpfung vor Ort geschehen. Damit die deutsche Wirtschaft mit dem Kohleausstieg planen kann, werden wir ihn mit einem Klimaschutzgesetz flankieren. Steigende Anforderungen an Emissionen, Effizienz und Flexibilität von Kraftwerken müssen den Ausbau der Erneuerbaren flankieren, um die Energiewende zum Erfolg zu führen. Dauerhaft eingespeister Kohlestrom verhindert zudem wirtschaftliche Laufzeiten für dringend benötigte, flexible Kraftwerke.

04 Für eine Ressourceneffizienz-Allianz – Top-Runner-Prinzip einführen

Ressourceneffizienz heißt: Wir wollen nicht weiter die Substanz unserer Erde verbrauchen, statt von ihrem Ertrag zu leben. Ressourceneffizienz ist eine ökologische Innovationsstrategie, die den Bedarf an Rohstoffimporten senkt und durch Kostensenkung bei Material statt bei Löhnen Wettbewerbsfähigkeit erhöht. Deshalb wollen wir eine Ressourceneffizienz-Allianz zustande bringen, an der sich Wirtschaft, Forschung, NGOs, Politik und Verwaltung beteiligen. Sie soll dazu beitragen, dass Unternehmen noch stärker auf Ressourcen- und Materialeffizienz achten. Beim Top-Runner-Prinzip gibt das umweltverträglichste und effizienteste Produkt den Standard vor, den alle anderen in vorgegebener Zeit erreichen müssen. Das bisher zahnlose Programm für Ressourceneffizienz (ProgRes) wollen wir weiterentwickeln und um verbindliche und ambitionierte Recyclingquoten sowie Rücknahmepflichten für Hersteller ergänzen. Dies unterstützen wir unter anderem durch eine faire und nachhaltige öffentliche Beschaffungspolitik.

ENERGIEWENDE & ÖKOLOGIE

TIERSCHUTZ, VERKEHR, KLIMA, VERBRAUCHERSCHUTZ

05 **Wirtschaftswachstum ist nicht das Maß der Dinge – neue Indikatoren für Wohlstand und Lebensqualität**

Die Fixierung von Politik und Medien auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat uns in die Irre geführt. Der Raubbau an Mensch und Natur wurde uns als Wachstumserfolg verkauft. Aber über die wichtigsten Dinge, die ein Land erfolgreich und das Leben lebenswert machen, sagt das BIP nichts aus. Ist Wachstum mit Umweltzerstörung und Ungerechtigkeit erkaufte, macht uns das unter dem Strich sogar ärmer. Deshalb brauchen wir einen neuen Gradmesser für Wohlstand und Lebensqualität. Dafür etablieren wir einen neuen Wohlstandsindikator. Der „grüne Wohlstandskompass“ umfasst auch die sozialen und ökologischen Aspekte. Entsprechend fordern wir für Unternehmen ab einer bestimmten Größe neben der vorgeschriebenen finanziellen auch eine verpflichtende Nachhaltigkeitsberichterstattung über soziale und ökologische Kennzahlen. So können wir der wirtschaftlichen Entwicklung eine grüne Richtung geben.

06 **Ökologische Finanzreform weiterführen – umweltschädliche Subventionen abbauen**

Im Steuerrecht wimmelt es noch immer von ökologisch schädlichen Steuersubventionen. Das Umweltbundesamt beziffert das Volumen dieser ökologisch schädlichen Subventionen auf bis zu 48 Mrd. Euro. Das werden wir ändern. Wir können zwar nicht alles auf einen Schlag abschaffen, doch das Abschmelzen ökologisch schädlicher Subventionen – beispielsweise der Dienstwagenbesteuerung, der Flugverkehrsprivilegien oder der Ausnahmen bei der Ökosteuern – bringt uns in der nächsten Legislatur 7,5 Mrd. Euro. Das mindert den Umweltverbrauch und verbessert die Finanzierung unseres Gemeinwesens.

07 **Die Heimat von Storch und Laubfrosch schützen – Naturerbe bewahren**

Die Lebensgrundlage vieler heimischer Pflanzen und Tiere ist gefährdet. Immer mehr Arten geht der Lebensraum verloren. Die Umsetzung der Naturschutzziele hinkt in Deutschland und international weit hinterher. Daher werden wir dafür sorgen, dass Bund und Länder endlich ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen und für 10 % der Flächen grenzüberschreitend vernetzte Biotopsysteme schaffen. Insbesondere unsere alten, heimischen Buchenwälder sind bedroht. Durch immer intensivere Durchforstung wird ihre Artenvielfalt dezimiert. Aber auch für Erholung und das Naturerlebnis der Menschen sind alte Wälder unschätzbar wertvoll. Mit einem Bundesprogramm wollen wir in Kooperation mit den Bundesländern 10 % der Wälder, die sich in öffentlichem Besitz befinden, zu Urwäldern von morgen machen, in die auch Körperschafts- und Privatwald eingebracht werden können.

08 **Die Massentierhaltung beenden – ein neues Tierschutzgesetz für artgerechte Haltung**

Was in unseren Ställen stattfindet, ist nicht mehr hinnehmbar. Die Massentierhaltung hat zu Zuständen geführt, die das Ende des bisherigen Systems der Fleischproduktion erforderlich machen. Wir wollen die Subventionierung der Massentierhaltung beenden, ihre Privilegierung im Baurecht streichen und den Immissionsschutz verbessern und ein Label für Tierschutz sowie vegane und vegetarische Produkte einführen. Durch ein neues Tierschutzgesetz sorgen wir für tiergerechte Haltungsbedingungen, schaffen lückenlose Transparenz der Tierarzneimittelströme und stoppen den Missbrauch von Antibiotika durch strengere Haltungs- und Behandlungsvorschriften. Durch die deutliche Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes in der Nutztierhaltung sorgen wir gleichzeitig für einen nachhaltigen Umwelt- und Gesundheitsschutz. Auch auf europäischer Ebene setzen wir uns für bessere Tierschutzregeln in der Tierhaltung ein.

09 **Durchatmen – Luftreinhaltung und Gesundheitsschutz vorantreiben**

Bei vielen Industrieprozessen und Verbrennungsprozessen, z. B. in Kohlekraftwerken, entsteht Quecksilber, das über die Abluft in die Umwelt gelangt. Dies führt zu einer weiteren Anreicherung des Umweltgiftes auch in Lebensmitteln, insbesondere in Fischen. Die USA haben daher strenge Grenzwerte erlassen, um die Quecksilberbelastung deutlich zu reduzieren. Wir wollen die Immissionsschutzverordnung entsprechend ändern und uns EU-weit für anspruchsvolle Grenzwerte einsetzen, um grenzüberschreitend die Industrie in die Pflicht für eine gesunde Umwelt zu nehmen. So schaffen wir saubere Luft für alle.

10 **Die Bahn attraktiver machen – Nahverkehr ausbauen, Gewinne in die Schiene investieren**

Wir wollen die Bahn als ein ökologisches Hauptverkehrsmittel attraktiver machen und ihren Anteil am Verkehr erheblich steigern – für Menschen wie für Güter. Daher müssen wir sinnvolle Ausbauprojekte der europäischen Netze vorantreiben und dafür muss der Finanzrahmen für Schiene und Straße im nächsten Bundesmobilitätsplan gleich hoch sein. Es muss aber auch sichergestellt werden, dass die Gewinne aus dem Schienenbetrieb auch bei der Schiene bleiben und nicht für internationale Firmenaufkäufe verwendet werden. Im Bundesverkehrswegeplan wollen wir auch den Vorrang von Erhalt vor Neubau festschreiben. Wir wollen durch Ausschreibungswettbewerbe und die Schaffung der technischen Voraussetzungen dafür sorgen, dass viele abgehängte Regionen wieder an den Fernverkehr angeschlossen werden.

11 **Die AnwohnerInnen vor Verkehrslärm schützen – Fluglärm begrenzen, Lärmschutz ausbauen**

Viele wehren sich gegen den zunehmenden Verkehrslärm – zu Recht, denn Lärm macht krank. Wir wollen das Thema

Lärmschutz auf Bundesebene endlich ernst nehmen, nachdem es die Merkel-Regierung vernachlässigt hat: Wir schaffen einen umfassenderen Anspruch auf Lärmschutz und verdoppeln die Mittel für die Lärmsanierung an Straße und Schiene. Zur Bekämpfung des Fluglärms wollen wir eine Novellierung des Fluglärmgesetzes mit strengeren Grenzwerten sowie des Luftverkehrsgesetzes um Betriebsbeschränkungen für die gesetzliche Nacht (22:00–06:00 Uhr) und Lärmobergrenzen ermöglichen. Dem Lärmschutz der Bevölkerung ist bei der Interessenabwägung ein höherer Stellenwert als der Wirtschaftlichkeit beizumessen. Auch auf EU-Ebene werden wir für die entsprechenden Rahmenregelungen streiten.

12 Lebenswerte Kommunen – Umweltverbund ausbauen

Die Verkehrswende verlangt auch einen Wandel in der Nahmobilität hin zu mehr Fuß- und Radverkehr und öffentlichem Nahverkehr. Wir wollen Mobilität für alle und in den nächsten zehn Jahren flächendeckend barrierefreie Mobilität ermöglichen. Wir wollen eine ÖPNV-Offensive. Dafür werden wir für eine angemessene öffentliche Nahverkehrsfinanzierung sorgen. Die Straßenverkehrsordnung ist stärker auf die Belange ungeschützter VerkehrsteilnehmerInnen auszurichten. Dazu wollen wir es Kommunen ermöglichen, innerorts überall dort Tempo 30, Begegnungszonen und Shared-Space-Bereiche auszuweisen, wo sie es wollen. Wir wollen Radfahren komfortabler und attraktiver machen und dabei auch dem Trend zu Pedelecs und E-Bikes gerecht werden. Dafür braucht der Radverkehr mehr Platz. Wir wollen daher unter anderem den Bau von Radschnellwegen durch einen bundesweiten Modellversuch fördern.

13 Klimafreundlich mobil – Verbrauchsobergrenzen einführen und Elektromobilität fördern

Die Energiewende im Verkehr verlangt von der Autoindustrie einen Technologiewandel hin zum 2-Liter-Auto und zur Elektromobilität mit zusätzlichem Strom aus Erneuerbaren Energien. Der wichtigste Treiber hierfür sind ehrgeizige Verbrauchswerte. Wir wollen daher innerhalb der Europäischen Union ambitionierte Verbrauchsvorgaben, die sicherstellen, dass der Elektromobilität zum Durchbruch verholfen wird. Deshalb verändern wir die Kraftfahrzeugsteuer, sodass Pkw mit einem Ausstoß von weniger als 50 g CO₂/km (2-Liter-Auto), wie z. B. Elektro-Autos und Plug-in-Hybride, einen Zuschuss erhalten und dafür Spritschlucker entsprechend mehr zahlen. Besonderen Wert legen wir auf die sinnvolle Kombination und den Ausbau der elektromobilen Verkehrsmittel, die mit Strom aus Erneuerbaren Energien betrieben werden. Wir wollen die Umsetzung von 100 % regenerativer Energie in allen Bereichen – Elektroautos, E-Bikes, Pedelecs und öffentlichem Nah- und Fernverkehr – sowie die Entwicklung intelligenter Mobilitätskonzepte.

14

Abzocke beenden – Finanzmärkte verbrauchergerecht regulieren

Bei Finanzgeschäften werden zu viele abgezockt. Deshalb müssen wir den Verbraucherschutz umfassend stärken – vom unabhängigen Finanzmarktwächter, einem Rechtsanspruch auf ein eigenes Girokonto bis hin zum Schutz gegen betrügerische Anlagemodelle. Wir brauchen eine einheitliche und schlagkräftige Finanzaufsicht mit Verbraucherschutz als Kernaufgabe, die durch einen Finanzmarktwächter unter dem Dach der Verbraucherzentralen ergänzt wird. Die Abzocke bei Dispo- und Überziehungszinsen wollen wir mit einem flexiblen, an einem Leitzins orientierten Deckel verhindern. Um provisionsgetriebene Falschberatung zu überwinden, wollen wir die Honorarberatung gleichberechtigt am Markt etablieren und maximale Transparenz über alle Provisionen herstellen. Wir wollen die Finanzmärkte grüner machen, deshalb fordern wir verlässliche Gütesiegel für nachhaltige Geldanlagen sowie ökologische und ethische Standards bei der staatlich geförderten Altersvorsorge. Da bei der privaten Altersvorsorge viel zu viel Geld in den Taschen der Vermittler und Anbieter landet, brauchen wir einen verbraucherpolitischen Neustart der Riesterrente und anderer Produkte der privaten Altersvorsorge.

15

Wissen, was drin ist – VerbraucherInnen-information verbessern

Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Recht zu wissen, was drin ist in Produkten und Dienstleistungen. Deshalb wollen wir einfache, verständliche Kennzeichnungen einführen: beispielsweise die Ampelkennzeichnung auf Lebensmitteln, das Hygienebarometer oder einen „Smiley“ für Restaurants und ein Gütesiegel für nachhaltige Geldanlagen. Aber auch die Informationsrechte gegenüber Behörden und Unternehmen müssen verbessert werden. Denn bei jedem neuen Lebensmittelkandal zeigt sich, dass die bisherigen Informationspflichten von Behörden und Unternehmen nicht ausreichen. Deshalb werden wir Lücken im Verbraucherinformationsgesetz schließen und die Informationspflichten auf weitere Produkte und Dienstleistungen ausweiten.

16

Keine Gentechnik auf unseren Tellern – Kennzeichnungspflicht verbessern

Die Mehrheit der Deutschen lehnt Gentechnik im Essen ab und doch landet sie Tag für Tag auf unseren Tellern. Das Fleisch, das wir essen, ist auch deshalb so billig, weil die Tiere mit Gensoja oder Genmais gefüttert werden. Doch die Gentechnik-Fütterung muss nicht gekennzeichnet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Kennzeichnungslücke in der EU-Gesetzgebung endlich geschlossen wird. Auf nationaler Ebene muss das Qualitätszeichen „ohne Gentechnik“ umgehend durch eine offensive Informationskampagne bekannt gemacht werden. So können die VerbraucherInnen entscheiden, ob sie Gentechnik im Essen wollen. Und sie können entscheiden, ob sie weiterhin die verheerenden Monokulturen in Südamerika und die zunehmende Abhängigkeit der Landwirte von wenigen Chemiekonzernen unterstützen wollen.

GERECHTIGKEIT

SOZIALES, ARBEIT, KULTUR, WISSENSCHAFT, BILDUNG

17 Die Finanzmärkte neu ordnen – eine Schuldenbremse für Banken

Die mangelhafte Regulierung der Finanzmärkte hat die Welt in eine historische Finanz- und Wirtschaftskrise gestürzt. Seitdem ist kaum etwas passiert. SteuerzahlerInnen sollen nicht wieder für das Fehlverhalten der Finanzindustrie zahlen müssen. Dazu brauchen wir neben einer Europäischen Bankenunion mit schlagkräftiger Aufsicht und bankenfinanziertem Rettungsfonds vor allem eine verbindliche Schuldenbremse für Banken. Banken müssen bis 2017 mindestens 3 % Eigenkapital im Verhältnis zu ihrer Bilanzsumme vorhalten. Diese Schuldenbremse wird die hochspekulativen Geschäfte der Vergangenheit faktisch unmöglich machen und das Finanzsystem deutlich stabilisieren.

18 Staatsverschuldung abbauen – Vermögensabgabe einführen

Deutschland hat einen riesigen Schuldenberg angehäuft. Allein zwischen 2007 und 2012 sind die Staatsschulden um 500 Mrd. auf über 2 Billionen Euro gewachsen. Unsere Steuergelder werden zum Schuldendienst gebraucht. Sie fehlen für den sozialen und ökologischen Umbau, der unsere Gesellschaft auf die Zukunft vorbereiten soll. Wir sind die einzige Partei, die einen konkreten und sozial ausgewogenen Vorschlag zum Schuldenabbau macht. Wir führen eine zeitlich befristete Vermögensabgabe ein, die das reichste Prozent der deutschen Bevölkerung betrifft. Die Betriebsvermögen schützen wir und eine Substanzbesteuerung wird vermieden. Die Einnahmen dienen ausschließlich der Senkung des Altschuldenstandes. So senken wir die Staatsverschuldung.

19 Niedrige Steuern für GeringverdienerInnen und Mittelschicht – gerechte Reform der Einkommensteuer

Das derzeitige Einkommensteuersystem ist ungerecht. Wir erhöhen deshalb den Grundfreibetrag auf 8.700 Euro. Das kommt vor allem den GeringverdienerInnen zugute. GutverdienerInnen sollen etwas mehr zur Finanzierung öffentlicher Leistungen beitragen. Wir wollen deshalb den Spitzensteuersatz für Einkommen ab 80.000 Euro auf 49 % erhöhen. Daneben wollen wir Kapitalerträge wie alle anderen Einkommen besteuern. Bisher werden Kapitalerträge, egal ob 10.000 oder 1 Mio. Euro, fest mit 25 % besteuert und damit ohne Grund gegenüber Einkommen aus Arbeit privilegiert. Alle, die weniger als 60.000 Euro Jahreseinkommen haben, werden entlastet. Wer mehr verdient, trägt in Zukunft mehr zur Finanzierung unseres Gemeinwesens bei. Das ist gerechter.

20 Niedriglöhne abschaffen – einen allgemeinen Mindestlohn einführen

Viele arbeiten und können trotzdem nicht davon leben. Wir nehmen die unerträglichen Dumpinglöhne, die staatlich aufgestockt werden müssen, nicht länger hin. Darum fordern wir einen allgemeinen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro. Die genaue Höhe des Mindestlohns wird von einer Mindestlohnkommission festgelegt; zusammengesetzt aus Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und ExpertInnen aus der Wissenschaft. Gleichzeitig müssen die Möglichkeiten geschaffen werden für mehr branchenspezifische Mindestlöhne und allgemein verbindlich erklärte Tarifverträge, die dann für alle Beschäftigten einer Branche gelten. Damit stärken wir das Tarifvertragssystem und bekämpfen Tariffucht. Nur so schaffen wir es, dass alle von ihrer Arbeit leben können.

21 Lohndumping beenden – gleicher Lohn für Leiharbeit

Viele neue Arbeitsplätze entstehen nur noch als Leiharbeitsplätze. Zwar brauchen Unternehmen Flexibilität für Auftragsspitzen, aber die Leiharbeit muss gerecht ausgestaltet sein und die Fehlentwicklungen in der Leiharbeit lehnen wir ab. Wir fordern „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ ab dem ersten Tag. Leiharbeit darf nicht dem Lohndumping dienen. LeiharbeiterInnen sind auch keine ArbeiterInnen zweiter Klasse. Sie sollen vom ersten Tag an die gleichen Rechte haben wie die Stammbeschafteten. Damit wird der Missbrauch von Leiharbeit effektiv eingedämmt.

22 Arbeit darf nicht krank machen – Arbeitsschutz weiterentwickeln

Viele ArbeitnehmerInnen erleben im Beruf starre Vorgaben, wenig Flexibilität und zu wenig Abwechslung. Andererseits sind manche Arbeitsverhältnisse heute zunehmend geprägt von hohen Flexibilitätsanforderungen, nicht planbaren Arbeitszeiten und von der Notwendigkeit ständiger Erreichbarkeit. Wir werden zusammen mit den Sozialpartnern die Anforderungen des gesetzlichen Arbeitsschutzes an die neuen psychischen Belastungen anpassen. Zum Schutz der Beschäftigten und mit Blick auf den demografischen Wandel sind alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen das Gebot der Stunde, denn die Beschäftigten sollen gesund bis zum Renteneintritt arbeiten können. So schaffen wir Arbeit, die nicht krank macht.

23 Grüne Bildungsrepublik begründen – gute Ganztagschulen flächendeckend aufbauen

Das deutsche Bildungssystem ist ungerecht und muss erneuert werden. Wir wollen bessere Bildung und Chancengleichheit für alle Kinder. Ganztagschulen sind das Kernstück eines chancengerechten und inklusiven Bildungssystems, denn sie bilden den Rahmen, in dem individualisiertes und kreatives Lernen stattfindet. Deshalb bauen wir flächendeckend Ganztagschulen auf. Dafür verhandeln wir mit den Ländern über eine Aufhebung des Kooperationsverbots in der Bildung und unterstützen sie mit mindestens 500 Mio. Euro pro Jahr. Damit schaffen wir Schulen, in denen alle Kinder auch am Nachmittag miteinander und voneinander lernen, Wissen vertiefen und Neues entdecken können.

24 Hochschulen stärken – jährlich 1 Mrd. mehr Bundesmittel

Die Länder müssen ihre Hochschulen besser ausstatten und der Bund muss größere Verantwortung bei der Finanzierung übernehmen. Wir wollen, dass 3,5 % des BIP bis 2020 in Forschung und Entwicklung investiert werden. Für mehr Studienplätze, bessere Studienbedingungen, eine höhere Qualität der Lehre und verlässliche Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs wollen wir zusätzlich mindestens 1 Mrd. Euro jährlich in unsere Hochschulen investieren. Mit veränderten Finanzierungsschlüsseln bei der außeruniversitären Forschung wollen wir den Ländern außerdem Spielräume verschaffen, um die Grundfinanzierung ihrer Hochschulen zu stärken. Damit sollen prekäre Beschäftigung eingedämmt und eine Ausfinanzierung der Studienplätze gewährleistet werden.

25 Studierende und Weiterbildung besser unterstützen – das BAföG erhöhen

Zu viele Menschen entscheiden sich wegen finanzieller Barrieren gegen ein Studium. Die Lage von Studierenden aus einkommensschwächeren Familien wollen wir durch eine Reform und Erhöhung des BAföG verbessern. In einem ersten Schritt stellen wir dafür mindestens 300 Mio. Euro zusätzlich bereit. Danach wollen wir das BAföG schrittweise zum grünen Zwei-Säulen-Modell erweitern, das eine Basisabsicherung und einen Bedarfzuschuss kombiniert und so mehr Bildungsaufstieg ermöglicht. Damit man sich Lernen und Weiterbilden auch in späteren Lebensphasen leisten kann, wollen wir für jährlich mindestens 200 Mio. Euro ein Weiterbildungs-BAföG einführen. Es kennt keine Altersgrenzen. Die Finanzierung des Lebensunterhalts und der Maßnahmenkosten erfolgt durch einen Mix aus Zuschüssen und Darlehen, je nach Situation der Berechtigten.

26 Menschenwürdige Existenz sichern – den ALG-II-Regelsatz erhöhen

Der aktuelle Regelsatz ist zu niedrig. Wir wollen ihn erhöhen, damit auch die Menschen, die keine Arbeit haben, am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wir fordern, den ALG-II-Regelsatz für Erwachsene auf 420 Euro zu erhöhen, da die derzeitige Berechnung aus unserer Sicht nicht das soziokulturelle Existenzminimum gewährleistet. Eine genaue Berechnung der Erhöhung muss 2014 auf Basis der neuen statistischen Daten erfolgen. So sorgen wir dafür, dass niemand nur aufgrund von Arbeitslosigkeit unter die Räder kommt. Damit die Anhebung finanzierbar ist und um zu verhindern, dass immer mehr erwerbstätige Menschen durch Armutslöhne „aufstocken“ müssen, gehört die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unabdingbar zu einer reformierten Grundsicherung dazu.

27 Zwei-Klassen-Medizin abschaffen – EINE Bürgerversicherung für Alle

Wir wollen Versorgung bei Gesundheit und Pflege verbessern und die Zwei-Klassen-Medizin beenden. Unsere Alternative ist die grüne Bürgerversicherung: Eine für Alle statt jede/r für sich. Unsere Bürgerversicherung bezieht alle ein: Gesetzlich Versicherte, Privatversicherte, Beamte und Selbstständige. Zukünftig wollen wir alle Einkommensarten gleich behandeln und zur Finanzierung heranziehen: neben Arbeitseinkommen auch Kapitaleinkommen, z. B. durch Aktiengewinne, Zinsen und Mieteinnahmen. Gleichzeitig wird die paritätische Finanzierung zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen wieder hergestellt. So tragen wir das Gesundheits- und Pflegesystem gemeinsam und alle können davon profitieren.

28 Altersarmut bekämpfen – Garantierente auf den Weg bringen

Es droht eine massive Zunahme an Altersarmut. In einer gerechten Gesellschaft ist eine armutsfeste Rente aus unserer Sicht aber unentbehrlich. Es ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit, dass Menschen, die langjährig rentenversichert waren, nicht auf die Grundsicherung im Alter angewiesen sind. Wir setzen auf eine Strategie einer gerechten Arbeitsmarktpolitik, Maßnahmen zum Aufbau eigenständiger Ansprüche innerhalb der Rentenversicherung sowie eine steuerfinanzierte Garantierente von mindestens 850 Euro. Wir wollen allen NeurentnerInnen mit mindestens 30 Versicherungsjahren eine Rente oberhalb der Grundsicherung garantieren. Als Voraussetzung für den Bezug gelten alle Versicherungszeiten. Dazu gehören auch Zeiten der Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung, Pflege, Ausbildung und Kindererziehung bis zum zehnten Lebensjahr. Wir unterscheiden dabei nicht zwischen Teilzeit und Vollzeit. Mit unserer Garantierente, die nicht nur von Männern, sondern gerade auch von Frauen realistisch zu erreichen ist, leisten wir einen zielgenauen und generationengerechten Beitrag gegen Arbeitsarmut.

29 Für eine gerechte Familienförderung – in die Kindergrundsicherung einsteigen

In unserem reichen Land leben viele Kinder in Armut. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut lebt und in der jedes Kind gleich viel wert ist. Jedes Kind, unabhängig vom Einkommen seiner Familie, soll die gleiche finanzielle Unterstützung vom Staat erhalten. Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode den Einstieg in eine Kindergrundsicherung schaffen. In der Kindergrundsicherung gehen Kinderregelsätze, Kinderzuschlag sowie die steuerlichen Kinderfreibeträge vollständig auf. Wir wollen dafür auch Mittel nutzen, die durch die Veränderung des Ehegattensplittings frei werden. In einem ersten Schritt werden wir unter anderem die Regelsätze für Kinder anheben, damit diese die tatsächlichen Bedarfe der Kinder abdecken.

30 Inklusives Gemeinwesen voranbringen – Teilhabe sicherstellen

Wir setzen uns für eine inklusive Gesellschaft ein, in der alle Menschen am Leben in der Gemeinschaft teilhaben können. Menschen mit Behinderungen sollen selbstbestimmt und gleichberechtigt leben können. Wir wollen dafür ein Teilhabeleistungsgesetz auf den Weg bringen, bei dem die Unterstützungsleistungen aus der Sozialhilfe gelöst werden und der Kostenvorbehalt sowie die Einkommens- und Vermö-

gensabhängigkeit gestrichen werden. Wir treten dafür ein, dass der Bund sich im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung an den Kosten für die Eingliederungshilfe beteiligt.

31 Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit – ein Entgeltgleichheitsgesetz erlassen

Frauen erhalten im Schnitt noch immer 22 % weniger Lohn als Männer. Typische Frauenberufe werden schlechter entlohnt als typische Männerberufe. Selbstverpflichtungen der Wirtschaft und Freiwilligkeit haben in den letzten zehn Jahren zu nichts geführt. Darum wollen wir das Gebot des gleichen Entgelts bei gleicher und gleichwertiger Arbeit mit gesetzlichen Regelungen und angemessenen Sanktionen durchsetzen. Damit gleiche Tätigkeiten und gleichwertige Jobs endlich gleich entlohnt werden.

32 Eigenständige Existenzsicherung voranbringen – Ehegattensplitting ersetzen

Unser Ziel ist es, dass jede und jeder die Möglichkeit hat, das, was er oder sie zum Leben braucht, selbst zu erwirtschaften. Dabei müssen Zeiten von Nichterwerbstätigkeit selbstverständlich abgesichert sein. Traditionelle Rollenbilder, die unsere Steuer- und Sozialgesetzgebung bis heute prägen, behindern dies. Strukturen, die vor allem für Frauen erhebliche Erwerbshemmnisse darstellen, wollen wir abbauen. Dazu gehören unter anderen die Ersetzung der Minijobs, die Überführung der kostenlosen Mitversicherung in die BürgerInnenversicherung und der Ausbau der Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur. Das Ehegattensplitting wollen wir deshalb durch eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Existenzminimum ersetzen. Damit steigern wir die Erwerbsanreize für Frauen, leisten einen wichtigen Beitrag zur eigenständigen Existenzsicherung und senken das Armutsrisiko von Frauen und Familien. Dabei werden wir in einem ersten Schritt Einkommen bis 60.000 Euro mit einem Splittingdeckel von Belastungen ausnehmen. Die frei werdenden Mittel werden wir in den massiven Ausbau der Betreuungsinfrastruktur und in den Aufbau einer Kindergrundsicherung investieren. Mit einem umfassenden Aktionsprogramm werden wir Frauen darin unterstützen, den (Wieder-)Einstieg in existenzsichernde Erwerbsarbeit erfolgreich zu gestalten.

33 Bezahlbares Wohnen ermöglichen – soziales Mietrecht, gemeinwohlorientierten Wohnungsbau und energetische Modernisierung zusammendenken

In unseren Städten werden rasant steigende Mieten zu einem immer größeren Problem. Dagegen wollen wir vorgehen und die Verdrängung von Menschen aus ihren Vierteln stoppen. Wir werden die regelmäßige Erhöhung der ortsüblichen Vergleichsmiete stärker begrenzen. Bei Wohnraummangel wollen wir Obergrenzen für Wiedervermietungsrenten ermöglichen. Die Länder unterstützen wir besser beim sozialen Wohnungsbau. Mieterhöhungen durch Modernisierungen senken wir auf maximal 9 % und beschränken sie auf den Abbau von Barrieren sowie die energetische Modernisierung. Mit gezielter Förderung und einem Klimazuschuss zum Wohngeld senken wir die Kosten für die energetischen Modernisierungen ab. So schaffen wir Wohnqualität und bezahlbare Wohnungen, die fit sind für die Energiewende.

34 Städte und Gemeinden zukunftsfähig machen – der Städtebauförderung neuen Schwung geben

Die Programme der Städtebauförderung wurden kräftig gestützt, obwohl uns viele Länder darum beneiden. Denn damit könnten Kommunen investieren, um ihre Infrastruktur auszubauen. Deshalb wollen wir die Fördermittel für dieses Programm wieder schrittweise erhöhen. Dabei nehmen wir besonders das Programm Soziale Stadt zur Stärkung sozial benachteiligter Stadtteile und die Förderung des Stadtumbaus in Kommunen mit Wohnungsleerstand und Industriebrachen in den Blick. Wir wollen zusätzlich die energetische Quartiersanierung einbeziehen. So bekommen die Kommunen mehr Freiheit und Flexibilität beim Einsatz der Mittel. Damit können wir die Infrastruktur unserer Städte besser auf Teilhabe und die Energiewende ausrichten.

35 Die Kommunal Finanzen stärken – Unterstützung durch den Bund bei den Kosten der Unterkunft

Die Finanzlage vieler Kommunen ist so dramatisch, dass vor Ort keinerlei Gestaltungsspielraum besteht. Trotzdem müssen wir überall die Teilhabe aller ermöglichen. Dafür schaffen wir einen fairen Umgang mit den Städten und Gemeinden, indem künftig zusätzliche Aufgaben des Bundes für die Kommunen immer durch zusätzliche Mittel vom Bund gedeckt werden müssen. Außerdem entlasten wir die Kommunen bei den derzeitigen Kosten für die Mieten von ALG-II-BezieherInnen.

Dafür soll der Bund künftig 1 Mrd. Euro zusätzlich bereitstellen. So unterstützen wir die Kommunen dabei, eine gerechte und solidarische Sozialpolitik umzusetzen.

36 Für ein solidarisches Europa – Steuer-Vermeidung und Steuerhinterziehung mit einem europäischen Steuerpakt bekämpfen

Auf die sich europaweit öffnende Schere zwischen Arm und Reich reicht es nicht, nur national, sondern es gilt auch europäisch zu reagieren. Für ein sozialeres Europa braucht es nicht nur Solidarität zwischen den Regionen, sondern vor allem Maßnahmen dafür, dass sich Finanzstarke nicht mit Hilfe des freien Binnenmarktes aus der gemeinsamen Solidarität verabschieden können. Durch Steuerdumping und Steuerflucht geht den öffentlichen Kassen in Europa jedes Jahr etwa 1 Billion Euro verloren. Wir wollen Schluss machen mit dem Unterbietungswettbewerb bei Löhnen, Steuern und sozialen Standards. Dafür brauchen wir gemeinsame europäische Regelungen, wie soziale Mindeststandards, eine soziale Fortschrittsklausel und einen europäischen Steuerpakt. Der Steuerpakt besteht aus einer EU-weit koordinierten Vermögensabgabe und einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage, sowie einem Mindestsatz bei der Unternehmensbesteuerung und einem Mindestsatz für die Körperschaftsteuer. Zentrale Aufgabe ist es zudem, Europas Steueroasen endlich zu schließen. Auch treiben wir die Besteuerung von Ressourcen, z. B. durch eine Anhebung der Energiebesteuerung, voran.

37 Klima der Gerechtigkeit – internationale Zusagen endlich einhalten!

Ein Sechstel der Menschheit hungert, Umweltzerstörung und Klimawandel schreiten voran, Staaten zerfallen, Flüchtlingsströme nehmen zu. Diesen globalen Herausforderungen, die nur solidarisch bewältigt werden können, werden wir uns gemeinsam mit unseren internationalen Partnern stellen. Darum setzen wir uns ein für gerechtere Strukturen, soziale Teilhabe und mehr internationale Zusammenarbeit. Im Gegensatz zur Regierung Merkel werden wir die Zusagen Deutschlands endlich einhalten. Wir wollen die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenprävention und humanitäre Hilfe bis 2017 auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens anheben und schon 2014 1,2 Mrd. Euro zusätzlich für die Entwicklungszusammenarbeit und 500 Mio. Euro für den internationalen Klimaschutz bereitstellen. Vor allem für die Anpassung der Entwicklungsländer an den Klimawandel, die globale Energie- und Agrarwende, den Aufbau sozialer Sicherungssysteme und die Friedensentwicklung wollen wir deutlich mehr Mittel einsetzen.

MODERNE GESELLSCHAFT

MENSCHEN- UND BÜRGERRECHTE, INTERNATIONALES, TRANSPARENZ

38

Das Betreuungsgeld abschaffen – gute Kitaplätze besser ausbauen

Vierorts fehlt es an Kitaplätzen. Deshalb müssen wir rasch mehr und auch qualitativ hochwertige Kitaplätze schaffen. Für uns ist klar, dass auch der Bund Verantwortung trägt, denn es muss vieles gleichzeitig geschehen: Der ab August 2013 geltende Rechtsanspruch muss angemessener finanziert, der Bedarf realistischer geplant werden. Damit die Qualität nicht auf der Strecke bleibt, legen wir bundesweite Qualitätsstandards fest. Und natürlich braucht es dafür mehr Fachkräfte, die zu einem relevanten Teil auf Hochschulniveau ausgebildet und angemessen bezahlt werden. Außerdem fordern wir die Ausweitung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz in der Kita bzw. in der Kindertagespflege und unterstützen den bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagsbetreuung in allen Altersgruppen. Wir wollen eine echte Wahlfreiheit für Familien, die nur dadurch gewährleistet ist, dass für alle Familien, die das wollen, auch ein Kitaplatz zur Verfügung steht. Das Betreuungsgeld, das Kinder von frühkindlicher Bildung ausschließt, alte Rollenmuster zementiert und den Ausbau der Kitaplätze blockiert, schaffen wir ab. So bekommen alle Kinder eine Chance, ihre Potenziale und Interessen zu entfalten, und so schaffen wir die Voraussetzung für eine wirkliche Vereinbarkeit von Beruf und Elternsein.

39

Familien mehr Zeit geben – familienfreundliche Arbeitszeitmodelle fördern

Zeit ist für Familien ein knappes Gut, besonders wenn die Eltern berufstätig sind. Wir wollen Müttern und Vätern mehr Flexibilität geben, ihre Arbeitszeiten mit den Anforderungen ihrer Familie in Einklang zu bringen – ohne dass dies immer gleich eine Festlegung für ihre gesamte Berufsbiografie beinhaltet. Wir führen ein Rückkehrrecht auf eine Vollzeitstätigkeit ein und ergänzen damit das im Teilzeit- und Befristungsgesetz verankerte Recht auf Teilzeit an entscheidender Stelle. Auch eine Weiterentwicklung des Teilerntgeldes und eine Flexibilisierung der Elternzeit führen zu mehr Spielraum. So bleibt mehr Zeit für die Familien.

40

Für echte Jugendpartizipation – Wahlalter 16 jetzt!

Das Wahlrecht ist eines der wichtigsten demokratischen Rechte, das BürgerInnen in einer Demokratie haben, um Entscheidungen zu beeinflussen. Wir setzen uns dafür ein, dass Jugendliche endlich an diesen demokratischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Deshalb werden wir das Wahlalter auf allen Ebenen auf 16 Jahre absenken. Denn nur so bekommen Jugendliche wirklich eine Stimme. Zudem werden wir politische Bildungsprogramme auf allen Ebenen ausbauen, denn mitentscheiden können Jugendliche nur dann, wenn sie die Möglichkeit haben, sich ausreichend über die politische Situation zu informieren.

41

Freies und schnelles Internet für alle – Breitbandausbau vorantreiben

Die Freiheit im Internet ist keineswegs selbstverständlich und noch immer gibt es Regionen ohne schnellen Internetzugang. Zukünftig wird die Teilhabe von Jung und Alt vom Zugang zum Internet abhängen. Deshalb soll allen Haushalten und Unternehmen umgehend ein Breitbandanschluss von mindestens 6 Mbit/s zur Verfügung stehen. Unser Ziel ist die flächendeckende Versorgung mit Breitbandanschlüssen im zweistelligen Mbit/s-Bereich bis Ende der Legislaturperiode. So schaffen wir auch im ländlichen Raum einen besseren Zugang zur digitalen Welt. Diesen Universaldienst gestalten wir dynamisch. Finanziert wird er über einen Unternehmensfonds, wie es bereits für andere Dienste im Telekommunikationsgesetz vorgesehen ist. So stellen wir schnelles Internet für alle sicher und verankern zudem die Netzneutralität gesetzlich.

42

Ein modernes und faires Urheberrecht – das Abmahnwesen beenden

Statt den bürgerrechtsfeindlichen Rufen nach Internetsperren, Warnhinweisen oder dem Ende der Anonymität zu folgen, machen wir uns auf den Weg zu einem modernen und fairen Urheberrecht im Dialog mit allen Beteiligten. Durch ein verbessertes Urhebervertragsrecht wird die Verhandlungsposition von UrheberInnen gestärkt, eine angemessene Vergütung erreicht und ihnen klarere Rechte eingeräumt. Die transformatorische Nutzung (Remix/Mashup) von urheberrechtlich geschützten Werken im definierten nicht-kommerziellen Umfang werden wir durch eine neue Ausnahmeregelung (Urheberrechtsschranke) im Urheberrecht absichern. Die digitale Privatkopie wird ermöglicht und das Abmahnwesen beendet. Verwertungsgesellschaften werden gerechter, transparenter und demokratischer.

43

Privatsphäre stärken – Vorratsdatenspeicherung verhindern und Datenschutz modernisieren

Cloud-Computing, Smart Grids, Big Data, Soziale Netzwerke: Wir haben ein Recht auf Privatsphäre und doch werden von uns so viele Daten gesammelt und unkontrolliert verarbeitet wie noch nie. Mit uns wird es keine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung geben. Stattdessen kämpfen wir für ein wirksames und modernes Datenschutzrecht in Deutschland und in Europa. Wir müssen den Datenschutz fit machen für das digitale Zeitalter und Überwachung durch den Staat sowie das völlig enthemmte Datensammeln von Unternehmen zurückdrängen. Dafür wollen wir Private stärker in die Pflicht nehmen, den Beschäftigtendatenschutz ausbauen und die Durchsetzung des Datenschutzes bei grenzüberschreitenden Datentransfers verbessern. Das sind die Grundlagen für einen zeit- und verfassungsgemäßen Datenschutz – ohne anlasslose Massenspeicherungen.

44

Demokratische Beteiligung fördern durch mehr Mitbestimmung

Wir wollen ein neuartiges Planungsrecht für Infrastrukturgroßprojekte einführen. In diesen Verfahren haben Bürgerinnen und Bürger, aber auch Verbände die Möglichkeit, sich umfassend zu informieren und zu beteiligen. Wir setzen auf Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung auf jeder Stufe der Planungs- und Entscheidungsverfahren, gerade auch bei mehrjährigen Planungsprozessen. Die demokratische Mitwirkung muss über die Beteiligung an Planungsverfahren hinausgehen. Bürgerinnen und Bürger müssen nicht nur bei Großprojekten die Möglichkeit haben, direkt abzustimmen. Wir streiten für die politischen Mehrheiten zur Änderung des Grundgesetzes, um Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksabstimmungen einzuführen und so die Demokratie zu stärken.

45

Rechtsextremismus entschieden entgegen- treten – Projekte gegen Rechtsextremismus systematisch fördern

Intoleranz, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus, Rassismus, Transphobie und Homophobie sind leider allzu oft Alltag in Deutschland. Dem stellen wir uns entschieden entgegen. Mit unserer Offensive für Demokratie gegen Rechts setzen wir alles daran, die durch Rechtsextreme bedrohten Orte und Regionen für unsere Demokratie zu schützen. Die Verantwortung für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe müssen Bund, Länder, Kommunen und die Zivilgesellschaft gemeinsam tragen. Die Umsetzung der gesamtstaatlichen Aufgabe muss unter Beteiligung der Zivilgesellschaft erfolgen. Dafür bauen wir die Förderung von Projekten der Zivilgesellschaft und einer demokratischen Alltagskultur aus, denn Demokratieförderung ist eine Daueraufgabe und muss eine zukunftsfeste Finanzgrundlage erhalten. Der Bund muss seine Verantwortung wahrnehmen. Er muss mindestens 50 Mio. Euro jährlich für die kontinuierliche Förderung von Maßnahmen und Strukturen für Demokratie und gegen

gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zur Verfügung stellen. Außerdem wollen wir die unsägliche Extremismusklausel abschaffen. So werden wir dem Rechtsextremismus ebenso entschieden entgegentreten wie rechtspopulistischen Haltungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der gesamten Gesellschaft.

46

Mit Transparenz Korruption bekämpfen – Informationsfreiheitsgesetz ausbauen

Schwarze Kassen, Schmiergelder und Politfilz sind ein Problem für die Demokratie. Einzelne profitieren so auf Kosten der Gesellschaft. Wir sorgen für mehr Klarheit mit einem Korruptionsregister für wirtschaftskriminell auffällig gewordene Unternehmen. Mit einem verpflichtenden Lobbyistenregister wollen wir transparent machen, wer mit wie viel Geld Einfluss nimmt. Wir wollen im Rahmen der anstehenden Parteiengesetzreform die Spendenmöglichkeit auf natürliche Personen mit einer jährlichen Obergrenze beschränken. Für ausscheidende Regierungsmitglieder und Führungspersonal in Ministerien wollen wir eine Karenzzeit, während der keine Lobbytätigkeit auf dem gleichen Feld ausgeübt werden darf. Die Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten wollen wir weiter verbessern und Abgeordnetenbestechung konsequent unter Strafe stellen. Mehr Transparenz verschafft auch die Weiterentwicklung der bestehenden Informationsfreiheitsgesetze zu einem Informationsfreiheitsgesetz 2.0, mit dessen Hilfe Daten zukünftig proaktiv zur Verfügung gestellt werden (Open Data). So erhöhen wir die Transparenz politischer Entscheidungen und ermöglichen Beteiligung.

47

BürgerInnenrechte und den Rechtsstaat stärken – neue Sicherheitsarchitektur bauen

Wir stellen Sicherheit in den Dienst der Freiheit und nicht umgekehrt. Deshalb stärken wir die BürgerInnenrechte und stellen in Grundrechte eingreifende Sicherheitsgesetze auf den Prüfstand. Wir setzen auf Reformen bei Justiz, Polizei und eine klare Zäsur beim Verfassungsschutz. Verzicht auf den Einsatz von V-Leuten, personeller und struktureller Neustart, klare Eingrenzung, Kontrolle und gesetzlich geregelte Verfahren bei nachrichtendienstlichen Befugnissen, Förderung einer neuen Polizeikultur, Stärkung des Rechtsstaates: So bauen wir an einer neuen Sicherheitsarchitektur.

48

Gleiche Rechte für gleiche Liebe – die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen

Wir wollen, dass alle Paare die Ehe eingehen können. Dank uns Grünen war Deutschland Vorreiter bei der Einführung der Eingetragenen Lebenspartnerschaften. Heute haben uns viele Länder überholt. In Argentinien, Spanien, Südafrika, den Niederlanden und in anderen Ländern wurde die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare bereits geöffnet. Diesen Weg muss endlich auch Deutschland gehen. Damit wird die Gleichstellung vollendet – etwa im Steuer- und Beamtenrecht oder beim gleichberechtigten Adoptionsrecht. Gleiche Liebe verdient gleichen Respekt und deshalb auch die gleichen Rechte.

49 Einbürgerung erleichtern – Rechte von AsylbewerberInnen stärken

Viele Menschen leben schon lange in Deutschland, ohne staatsbürgerschaftliche Rechte zu haben. Wir setzen auf eine Einbürgerungsoffensive. Sie umfasst die Akzeptanz von Mehrstaatigkeit, den Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geburt in Deutschland und die Streichung des Optionszwangs. Wir wollen das Aufenthaltsrecht von einem Ordnungs- und Abwehrrecht umbauen zu einem echten Zuwanderungsrecht. Integration kann nur gelingen, wenn Menschen in Rechtssicherheit leben können. Wir treten deshalb für ein großzügiges Recht auf Familiennachzug ein sowie für einen sicheren Aufenthaltsstatus für Menschen, die lange in Deutschland leben. Wir wollen eine Willkommenskultur etablieren unter anderem durch eine interkulturelle Öffnung von Schulen, Krankenhäusern, Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen. Die Grundrechte gelten für alle in Deutschland lebenden Menschen. Wir fordern deshalb unter anderem die Abschaffung der Residenzpflicht und des Asylbewerberleistungsgesetzes. Nicht nur sind die Leistungen unzureichend. Dieses Gesetz versperrt Flüchtlingen auch den Weg zum Gesundheitssystem. Für uns gilt, was das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich klargestellt hat: Das Existenzminimum ist für alle in Deutschland gleich.

50 Die Sicherheit der KonsumentInnen stärken – Drogenpolitik reformieren

Der globale „War on Drugs“ ist gescheitert. Jährlich sterben Millionen Menschen aufgrund der derzeitigen Verbotspolitik. Statt Verfolgung von KonsumentInnen wollen wir eine Reform der Drogenpolitik. Wir setzen dabei auf das Selbstbestimmungsrecht der Menschen. Die gesundheitlichen Risiken wollen wir durch Prävention und Aufklärung minimieren. Wir fordern die langfristig an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung aller Drogen. Dazu gehören für uns auch die Ausweitung von Drug-Checking und Spritztauschprogrammen. Außerdem wollen wir den Eigenverbrauch und privaten Anbau von Cannabis legalisieren und den Verkauf besteuern. Wir wollen Cannabis für Medizin und Forschung nutzen.

51 Die Hälfte der Macht den Frauen – eine verbindliche Quote einführen

Diverse Selbstverpflichtungen der Unternehmen blieben ohne größeren Einfluss auf den Frauenanteil in den Führungsgremien. Wir haben genug von den Lippenbekenntnissen und wollen endlich Taten sehen, um die gläserne Decke für Frauen zu beseitigen. Gesetzliche Quoten für Aufsichtsräte und Vorstände wie in Norwegen werden die Männerclubs in den Führungsetagen aufbrechen und zu mehr Qualität und Vielfalt führen. Weibliche Vorbilder werden sich positiv auswirken und andere Frauen nachziehen. Damit schaffen wir eine bessere Basis für eine geschlechtergerechte Gesellschaft.

52 Kulturschaffenden den Rücken stärken – Urhebervertragsrecht reformieren

Faire Vertragsverhältnisse gibt es nur, wenn Urheberinnen und Urheber mit ihren VerwerterInnen auf Augenhöhe verhandeln können. In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass dies nicht gegeben ist. Deshalb fordern wir eine Stärkung der Rechte der Urheberinnen und Urheber. Wir wollen das Schlichtungsverfahren über Vergütungsregeln zwischen Kreativen und VerwerterInnen so gestalten, dass es am Ende zu einem für beide Seiten bindenden Ergebnis führt. Außerdem müssen InhaberInnen von Nutzungsrechten die Kreativen darüber informieren, wie oft ihr Werk genutzt wurde und welche Erträge damit erwirtschaftet wurden. Denn nur wenn sie umfassend über die Nutzung ihrer Werke informiert sind, können UrheberInnen eine angemessene Vergütung aushandeln.

53 Kulturschaffende besser absichern – faire Zugänge zur Arbeitslosenversicherung schaffen

Viele KünstlerInnen und Kreative sind sozial zu wenig oder gar nicht abgesichert. Auch unständig Beschäftigte brauchen faire Arbeitsbedingungen und mehr soziale Sicherheit. Wir ermöglichen deshalb, dass diejenigen Arbeitslosengeld erhalten, die mindestens vier Monate innerhalb zweier Jahre in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt haben, und schaffen eine befristete Vermittlungspause im SGB II und SGB III. Auch die Krankengeldregelung passen wir an: Anstatt – wie von Schwarz-Gelb eingeführt – nach sieben Wochen soll spätestens ab dem 15. Tag, in der Regel aber schon ab dem 1. Tag ein Krankengeldanspruch möglich sein. Bei der Einführung der Bürgerversicherung werden wir die Prinzipien der Künstlersozialversicherung erhalten. So schaffen wir die Sicherheit, die kreativer Mut braucht.

54

Erinnerung für eine bessere Zukunft wachhalten – die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Ministerien und Behörden vorantreiben

Die nationalsozialistische Herrschaft war flächendeckend. Die Aufarbeitung ihrer Hinterlassenschaften ist eine Frage der demokratischen Selbstvergewisserung. Über den Umgang mit der NS-Geschichte in unseren staatlichen Institutionen wird breit diskutiert, sie ist ein wichtiges Kapitel demokratischer Erinnerungskultur. Die vom damaligen Außenminister Joschka Fischer in Auftrag gegebene Studie zur NS-Vergangenheit des Auswärtigen Amtes war ein wichtiger Anstoß. Doch noch gibt es viele offene und drängende Fragen und viele Lücken in der Aufarbeitung. Wir wollen diese Aufgabe systematisch angehen, Lücken in der Aufarbeitung schließen und Kriterien für den Umgang mit den Forschungsergebnissen definieren. Dabei wollen wir auch Länder und Kommunen einbeziehen.

55

Für ein demokratisches und bürgernahes Europa – Europäische Bürgerinitiative weiterentwickeln und einen europäischen Konvent einberufen

Die Europäische Union hat demokratischen Nachholbedarf. Wir wollen den Dialog in und über Europa und unsere gemeinsame Zukunft stärken. Dazu gehören eine intensivere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und eine breite gesellschaftliche Debatte in ganz Europa. Wichtige europäische Fragen dürfen nicht in Hinterzimmern der nationalen Staats- und Regierungschefs ausgeklüngelt werden. Daher setzen wir uns für eine Stärkung des europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente ein. Dazu fordern wir einen europäisierten und personalisierten Wahlkampf zum Europäischen Parlament ebenso wie mehr Mitspracherechte der Bürgerinnen und Bürger. Außerdem wollen wir die Europäische Bürgerinitiative ausbauen und mittelfristig in Richtung eines europäischen Volksentscheides weiterentwickeln. Als weiteren Schritt wollen wir in einem öffentlichen, parlamentarisch geprägten Europäischen Konvent unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und SozialpartnerInnen unter Führung des Europäischen Parlaments Vorschläge zur Weiterentwicklung der EU diskutieren.

56

Für ein menschliches Europa – eine solidarische Asylpolitik in allen Mitgliedstaaten etablieren

Die europäische Flüchtlings- und Asylpolitik ist repressiv, unsolidarisch und auf Abschottung ausgerichtet. Der Verschiebepolitik und die einseitige Verantwortung für europäische Flüchtlinge zulasten von Griechenland und anderen EU-Mittelmeerländern, die mit dem Dublin-System zementiert wurden, führen zu unterschiedlichen Standards und müssen deshalb gestoppt werden. Wir wollen, dass Deutschland dafür in Europa mit gutem Beispiel vorangeht: mit der sofortigen Abschaffung der Abschiebehaf für Dublin-Flüchtlinge in Deutschland, mit einem Abschiebestopp von Flüchtlingen

in EU-Länder, in denen sie unter unwürdigen Bedingungen leben und wie Kriminelle in geschlossene Unterkünfte gesperrt werden, mit der solidarischen Aufnahme von Asylsuchenden aus den europäischen Flüchtlingshochburgen und mit einer stärkeren Beteiligung am Resettlement-Programm der EU. Wir werden in Brüssel außerdem eine Roadmap für ein EU-weites solidarisches Asylsystem initiieren, mit dem alle Mitgliedstaaten gleichermaßen Verantwortung übernehmen und das Flüchtlingen ein Leben in Würde in ganz Europa ermöglicht.

57

Keine Rüstungsexporte zu Lasten von Menschenrechten – ein Rüstungsexportgesetz beschließen

Wir wollen Rüstungsexporte stärker als bisher kontrollieren. Dazu wollen wir ein Gesetz, das die Kriterien der Rüstungsexportrichtlinie, insbesondere die Menschenrechtslage im Empfängerland und die Gefahr der inneren Repression, fest verankert. Außerdem soll das Auswärtige Amt für Rüstungsexporte zuständig sein. Wir wollen den Bundessicherheitsrat in seiner jetzigen Form abschaffen. Die Geheimhaltung der Beschlüsse über Rüstungsexporte wollen wir aufheben. Der Deutsche Bundestag wird vor einer beabsichtigten Rüstungsexportgenehmigung bei besonders sensiblen Exporten unterrichtet und erhält die Möglichkeit für ein aufschiebendes Veto zur Stellungnahme. Zudem brauchen wir vergleichbar strikte Regeln für den Export von Überwachungstechnologien. Der Export von Waffen und Software zur Überwachung von Kommunikation und Internet an Diktaturen muss gestoppt werden. So können wir die Exporte der Rüstungsindustrie besser kontrollieren.

58

Zivile Krisenprävention ausbauen – Mittel für Friedenskräfte verdoppeln

Wir wollen zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung ins Zentrum der deutschen Außenpolitik rücken. Es braucht eine umfassende nationale Friedensstrategie, effektivere Strukturen, mehr Geld und Personal für zivile Friedensförderung in den Bereichen Konflikttransformation, Gender-Mainstreaming, Polizei, Justiz, öffentliche Verwaltung, Parlamentsaufbau, Dialog und Versöhnung. Um entsprechende zivile Fachkräftepools aus- und aufbauen zu können, wollen wir in Deutschland die Mittel für das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze und für den Zivilen Friedensdienst verdoppeln, mehr Geld in die Friedensforschung geben und das friedenspädagogische Angebot an Schulen unterstützen. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für ein EU-Friedensinstitut zur Stärkung der Mediation und eine Stärkung der Krisenprävention im Europäischen Auswärtigen Dienst ein. Den Ressortkreis Zivile Krisenprävention wollen wir auf Staatsminister-Ebene verankern und den zivilgesellschaftlichen Beirat aufwerten. Wir wollen regionale Beiräte für Schwerpunktregionen einsetzen, die frühzeitige Maßnahmen initiieren können, und regelmäßig Bundestag und Bundesregierung Empfehlungen vorlegen. Wir wollen eine bessere Kooperation der Fachministerien erreichen, indem ein Teil der Mittel gepoolt wird.